

Bert Hoppe  
In Stalins Gefolgschaft

# Studien zur Zeitgeschichte

---

Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte

Band 74

R. Oldenbourg Verlag München 2007

Bert Hoppe

---

# In Stalins Gefolgschaft

Moskau und die KPD  
1928–1933

R. Oldenbourg Verlag München 2007

*Bibliografische Information Der Deutschen Nationalbibliothek*

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2007 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München  
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München  
Internet: [oldenbourg.de](http://oldenbourg.de)

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf

Umschlagabbildung: Mai-Kundgebung der KPD im Lustgarten in Berlin, 1. Mai 1930; Bildarchiv der Stiftung Preußischer Kulturbesitz

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).

Satz: Oldenbourg: digital GmbH, Kirchheim b. München

Druck: Memminger MedienCentrum, Memmingen

Bindung: Buchbinderei Klotz, Jettingen-Scheppach

ISBN 978-3-486-58255-0

# Inhalt

Vorwort .....	9
Einleitung .....	11
Ein stalinistisches Marionettentheater? .....	11
Die deutschen Kommunisten, das bolschewistische Modell und die sowjetische Realität .....	21
<i>I. Seilschaften und Hierarchien .....</i>	<i>31</i>
1. Thälmanns Sturz .....	32
2. „Moralischer Fimmel“ versus bolschewistische Disziplin .....	39
3. Die unwillkommene Radikalisierung .....	44
4. Kommunikationsprobleme .....	50
5. Die Entmachtung der „Versöhnler“ .....	54
6. Ein Stellvertreterkrieg .....	59
7. „Säuberungen“ .....	64
8. Stalins personale Netze .....	69
9. Die Autorität Stalins und die Autoritätsprobleme der Komintern .....	85
10. Musterknaben .....	96
11. Handlungsspielräume? .....	102
<i>II. Ein außenpolitisches Instrument? .....</i>	<i>105</i>
1. Priorität der Sowjetunion .....	106
2. Ideologie und Realpolitik .....	109
3. Im Sande verlaufen .....	126
<i>III. Zwischen Aufstand und Aufruhr .....</i>	<i>141</i>
1. Moskau und der Berliner „Blutmai“ von 1929 .....	141
2. Die Furcht vor dem „Putschismus“ .....	148
<i>IV. Die Krise der „Sozialfaschismus“-Doktrin .....</i>	<i>157</i>
1. Der halbherzige Kampf gegen „ultralinke“ Tendenzen .....	158
2. Der Aufstieg der NSDAP und das Ende der Großen Koalition .....	163
3. Der Disput um die „faschistische Diktatur“ .....	169

V.	<i>Die nationalsozialistische Konkurrenz</i> . . . . .	175
	1. Marxistischer Nationalismus und sowjetische Nationalitäten- politik . . . . .	176
	2. Die nationalpopulistische Wende der KPD . . . . .	181
	3. Über das Ziel hinausgeschossen. . . . .	197
VI.	<i>Der „wiederentdeckte“ Hauptgegner</i> . . . . .	203
	1. Eine gute Gelegenheit. . . . .	203
	2. Ein innerparteilicher Schachzug mit Folgen. . . . .	207
	3. Reaktionen. . . . .	212
	4. Außenpolitik oder Revolutionserwartung? . . . . .	219
VII.	<i>Zusammenprall der Kulturen</i> . . . . .	227
	1. Schwatzende Salonbolschewisten und schweigsame Revolutionäre . . . . .	229
	2. „Vegetarische Parteien“ und gläserne Funktionäre . . . . .	239
	3. Vom Versuch, ein „Neuer Mensch“ zu werden . . . . .	250
	4. Katholische Hausfrauen in der KPD. . . . .	261
	5. Fundamentalopposition versus „Legalismus“ . . . . .	269
VIII.	<i>Von der „Dritten Periode“ zum „Dritten Reich“</i> . . . . .	291
	1. „Das Geschrei über Hitler“ . . . . .	292
	2. Wahrnehmungsmuster . . . . .	301
	3. Von der Unterschätzung Hitlers zur vorauseilenden Appeasement-Politik . . . . .	311
	4. Der Untergang des deutschen Kommunismus. . . . .	323
IX.	<i>Selbsterstörung</i> . . . . .	329
	1. Wetteifern um Stalins Gunst . . . . .	330
	2. Führerbild und Rollenverteilung. . . . .	337
	3. Todsünde Illoyalität . . . . .	343
	4. Verschwörer. . . . .	348
Fazit	. . . . .	355
	Stalins Gefolgschaft und die Anleitung der KPD. . . . .	356
	Sowjetische Außenpolitik, Revolutionserwartung und die Gegnerfrage . . . . .	361
Abkürzungsverzeichnis	. . . . .	367
Zur Transkription russischer Begriffe und Namen	. . . . .	370

Quellen und Literatur .....	371
Ungedruckte Quellen.....	371
Gedruckte Quellen und zeitgenössische Veröffentlichungen.....	373
Literatur.....	379
Personenregister .....	393



# Vorwort

Fast jedes wissenschaftliche Buch ist das Ergebnis eines Langzeitprojektes – zumindest gilt das für die meisten „Qualifikationsarbeiten“ – und je mehr Zeit verstreicht, desto mehr Dankesschuld häuft sich an.

Meine Betreuer Prof. Heinrich A. Winkler, in dessen Colloquium ich die verschiedenen Stufen des Projektes vorstellen und eingehend diskutieren lassen konnte, und Prof. Jörg Baberowski, dessen Forschungen zum Stalinismus an der sowjetischen Peripherie im Kaukasus wertvolle Anregungen boten für die Erforschung der „sowjetischen Peripherie“ eigener Art in Mitteleuropa, haben diese Arbeit sicher durch die Wirrungen der deutschen Hochschullandschaft geleitet.

Die Forschungen zu diesem Buch sind großzügig im Rahmen eines Projektes der Deutsch-Russischen Historikerkommission gefördert worden. Ihre Mitglieder – vor allem Prof. Horst Möller, Prof. Hermann Weber, Prof. Aleksandr Chubarjan, Prof. Jakob Drabkin, Prof. Vladimir Kozlov sowie Prof. Heinrich A. Winkler – haben mich bei den mühsamen Versuchen unterstützt, die zum Teil noch immer geschlossenen Bestände der russischen Archive einzusehen. Eberhard Kuhrt vom Bundesministerium des Innern, der die Arbeit der Historikerkommission auf deutscher Seite koordiniert, hat mich durch die jährlich anstehende Verlängerung der Förderung des Projektes gelotst.

Als Short Term Scholar des Kennan Institute hatte ich im Woodrow Wilson International Centers for Scholars in Washington, D.C., nicht nur die Gelegenheit, die Bestände der Hausbibliothek sowie vor allem der Library of Congress zu nutzen, sondern zudem die fruchtbare Arbeitsatmosphäre zu genießen, in der ich mit Kollegen über die Thesen meiner Arbeit und neue Ansätze in der Politikgeschichte diskutieren konnte. Besonders hilfreich war bei dem Aufenthalt in Washington Dr. Harold Leich vom European Readingroom der Library of Congress bei der Literaturrecherche und -beschaffung. Die Mitarbeiter des Bundesarchives Berlin, des Archives des Außenministeriums der Russischen Föderation und des RGASPI, dort vor allem der Direktor Kiryl Anderson und Andrej Doronin, haben bei der Recherche in den Beständen zur Komintern geholfen. Ohne Jurij Tutochkin hätte ich einige Akten des Bestandes des Sekretariates Pjatnickij nie in den Händen gehalten. Martin Mevius hat mir sein Manuskript über den Einfluss der Komintern auf die Politik der KPD gegenüber der SPD und den Nationalsozialisten zwischen 1919 und 1933 zur Verfügung gestellt.

Prof. Judith Buber-Agassi, Paul Müller, Hannelore Remmele haben mir freundlicherweise Vollmachten erteilt, um im RGASPI die Personalakten ihrer Verwandten einzusehen.

Ohne die Gespräche mit Freunden und Kollegen kreist die Forschung nur um sich selbst, daher bin ich dankbar für alle, mit denen ich in verschiedenen Stadien der Arbeit das Konzept der Dissertation oder konkrete Fragen besprechen konnte oder die Teile des Manuskriptes gelesen und kommentiert haben: Thomas Bohn, Per Brodersen, Kevin McDermott, Wladislaw Hedeler, Peter Huber, Julia

Landau, Barry McLoughlin, Thomas Mergel, Jan Plamper, Malte Rolf, Sergej Slutsch, Alexander Vatlin, Prof. Andreas Wirsching, Jürgen Zarusky – vor allem aber meiner Mutter Silke Hoppe sowie Gabor Rittersporn, die die Mühe auf sich genommen haben, das gesamte Manuskript zu lesen, und deren kritische Anmerkungen mir geholfen haben, auf den eigenen Text mit fremden Augen zu blicken. Ein besonderer Dank gilt Noel Rademacher, der mich ermuntert hat, so manchen Ballast fallen zu lassen.

Dass am Abendbrottisch bestenfalls mal über Spitzenfunktionäre in Zigarettenschachteln und kommunistische Morgengymnastik gelacht wurde und ansonsten die Welt jenseits der Weltbewegung dominierte, verdanke ich Katrin, Lotta und Johan, die ich auch für dieses Buch wieder so lange in Berlin allein ließ und die somit auf ihre Weise an dessen Entstehung mitgeholfen haben.

Berlin, im März 2007

Bert Hoppe

# Einleitung

„Ich kann es so ausdrücken: wenn in Russland nicht Sozialismus wäre, wenn es keine Komintern gäbe, würde Thälmann kein Führer sein, würde die deutsche Kommunistische Partei und die ganze Entwicklung anders sein.“

*Sergej Gusev in der Sitzung der Politkommission des EKKI vom 10. 4. 1932*

„Auf meine Bedenken, dass bei einer so engen Zusammenarbeit, wie sie der KPD zwischen der Sowjetunion und einem kommunistischen Deutschland vorschwebe, doch die Gefahr einer starken Abhängigkeit [...] für Deutschland bestände, begründete Herr Leow seine gegenteilige Ansicht damit, dass gerade dank der höheren deutschen Intelligenz und Kultur der Schwerpunkt einer solchen Kombination in Deutschland liegen würde.“

*Brunhoff, Attaché der deutschen Botschaft in Moskau, über ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des RFB, Willy Leow, 10. 12. 1930*

## Ein stalinistisches Marionettentheater?

Am 30. Januar 1933 begannen die Nationalsozialisten, die erste deutsche Demokratie kraft ihrer neuerrungenen Regierungsgewalt zu zerschlagen. In den Augen der KPD-Führung allerdings hatte sich das politische „System“ trotz des einsetzenden Terrors des NS-Regimes nicht grundlegend gewandelt: Noch im Mai 1933 bekannten die in den Untergrund abgetauchten kommunistischen Spitzenfunktionäre, weiterhin in der SPD, der zentralen Stütze der untergegangenen Weimarer Republik, ihren politischen „Hauptfeind“ zu sehen – schließlich ändere auch die Verfolgung dieser Partei durch die neuen Herrscher nichts an der Tatsache, dass die Sozialdemokratie „nach wie vor die soziale Hauptstütze der Kapitalsdiktatur“ darstelle.<sup>1</sup>

Hartnäckig blendeten die KPD-Funktionäre somit eine Realität aus, die die kommunistische „Sozialfaschismus“-Doktrin spätestens durch die Machtübertragung an Hitler am 30. Januar widerlegt hatte. Die Resolutionen der deutschen Kommunisten vom Frühjahr 1933 waren so widersinnig, dass es später selbst den Apologeten ihrer Politik aus den Reihen der SED schwerfiel, in diesen Texten Zeugnisse einer kohärenten politischen Strategie zu erkennen.

---

<sup>1</sup> Die genaue Formulierung in der kommunistischen Propaganda lautete zwar einschränkend Hauptfeind „innerhalb der Arbeiterklasse“, die Definition der Sozialdemokratie als „soziale Hauptstütze der Kapitalsdiktatur“ weist jedoch darauf hin, dass die SPD vor allen anderen Parteien im Zentrum der Angriffe stand. Zitiert nach: Weber, Ambivalenz der kommunistischen Widerstandsstrategie, S. 74.

Diesen Weg hatte die KPD allerdings schon lange vor dem 30. Januar eingeschlagen, als sie darauf beharrte, den „Hauptstoß“ ihrer Angriffe gegen die SPD zu führen, anstatt gegen den immer bedrohlicher werdenden Nationalsozialismus. Dieses Verhalten erschien schon vielen Zeitgenossen so absurd, dass sie darin nur die letzte Etappe der Einflussnahme Moskaus auf die deutschen Kommunisten sehen konnten. Bis heute gehört die Frage, warum, in welchem Maße und auf welche Weise die KPD durch die Bolschewiki in ihren Entscheidungen beeinflusst wurde, zu den großen Themen der Kommunismusforschung.

Diese Frage wurde lange Zeit allerdings häufig recht eindimensional beantwortet. Die KPD sei infolge ihrer „Stalinisierung“ zu einer bloßen „Hilfstruppe“ der sowjetischen Führung degeneriert<sup>2</sup> und daher nach Grundsätzen geleitet worden, „die nicht primär an den politischen Tatsachen und Erfordernissen in Deutschland“ orientiert gewesen seien.<sup>3</sup> Die Politik der KPD sei infolge der „bedingungslosen Abhängigkeit“ der deutschen Kommunisten von Moskau in den Jahren 1928–1933 quasi „ein Nebenprodukt der internen Machtkämpfe in der KPdSU“ gewesen.<sup>4</sup> Zwar wurden auch innere Faktoren ausgemacht, die das Abdriften der KPD auf ihren „ultralinken“ Kurs beeinflussten, doch wurden diese häufig als nebenrangig betrachtet: Die Politik der KPD „mochte Stimmungen der radikalisierten Arbeiter und der Arbeitslosen widerspiegeln, durchgesetzt und bestimmt wurde sie von anderen Motiven“.<sup>5</sup>

Diese Motive erkannte man erstens in den Konflikten innerhalb der bolschewistischen Führung, in denen Josef Stalin die KPD schließlich als Waffe im Kampf gegen seinen Widersacher Nikolaj Bukharin eingesetzt habe. Für die Entwicklung in Deutschland bedeutender sei hingegen zweitens gewesen, dass Moskau die KPD für die Zwecke der sowjetischen Außen- und Sicherheitspolitik instrumentalisiert habe. Die Politik der Kommunistischen Internationale (Komintern), als deren deutsche „Sektion“ die KPD fungierte, war dieser Lesart zufolge ganz auf die Interessen der Sowjetunion ausgerichtet, um angesichts der inneren Umwälzung ein für das Land vorteilhaftes internationales Umfeld zu schaffen.<sup>6</sup>

Diese These erschien lange Zeit so plausibel, dass meist weder reflektiert wurde, was unter „sowjetischen Interessen“ eigentlich zu verstehen war, noch wie diese von den deutschen Kommunisten gesehen wurden. Allerdings war es, bevor die Archive in den ehemaligen Staaten des Warschauer Vertrages in den Jahren 1989 bis 1991 geöffnet wurden, auch kaum möglich, anhand von Originaldokumenten die konkreten Entscheidungsabläufe innerhalb der KPD und Komintern zu untersuchen und die Gedankengänge der kommunistischen Funktionäre zu analysieren – zumeist mussten sich die Forscher auf die „Interpretation ideologischer

<sup>2</sup> Weber, *Einleitung*, in: Flechtheim, *Die KPD in der Weimarer Republik*, S. 52.

<sup>3</sup> Bahne, *Die Kommunistische Partei Deutschlands*, S. 656.

<sup>4</sup> Duhnke, *Die KPD von 1933 bis 1945*, S. 49.

<sup>5</sup> Weber, *Hauptfeind*, S. 10.

<sup>6</sup> Auf eine ausführliche Diskussion der bisherigen Forschung wird an dieser Stelle verzichtet, da deren jeweilige Thesen in den entsprechenden Abschnitten dieser Arbeit dargestellt werden.

Dokumente“ aus den Propagandaorganen der kommunistischen Parteien beschränken.<sup>7</sup>

Erstaunlicherweise aber hat sich an diesem Bild der Komintern als einer Art „stalinistischem Marionettentheater“, in dem sich deren nationale „Sektionen“ lediglich an den Strippen bewegten, die von den Moskauer Führungskadern gezogen wurden, auch nach 1991 wenig geändert. Die bekannten Thesen schienen vielen Forschern offensichtlich so einleuchtend, dass sich ihre Neugierde häufig darauf beschränkte, lediglich entsprechende Belege ausfindig zu machen: Endlich, so freute sich beispielsweise Stéphane Courtois angesichts der neu zugänglichen Dokumente, sei nun die Zeit der „Beweise“ gekommen.<sup>8</sup>

Doch wenn es sicherlich *auch* wichtig ist, das lückenhafte Faktengerippe zu ergänzen<sup>9</sup>, wäre wenig damit erreicht, wenn man die inzwischen zugänglichen Quellen nur dazu nutzen wollte, die „weißen Flecken“ der bisherigen Geschichtsschreibung auszufüllen. Denn weder das bloße Wissen, *ob* Stalin in diese oder jene Entscheidung der Komintern eingegriffen hat, noch die (notwendige) Aufklärung des Schicksals der deutschen „Politemigranten“, die im stalinistischen Gulag verschwanden<sup>10</sup>, kann uns weiterführende Erkenntnisse darüber vermitteln, wie der Stalinismus funktionierte. Zu Recht wurde darauf verwiesen, dass der durch den „Archivtausch“ ausgelöste „Positivismusschub“ häufig zu Lasten der Analyse ging.<sup>11</sup> Dies gilt vor allem für einige neuere Dokumenteneditionen, die zuweilen den Eindruck erwecken, als solle mit ihnen nicht ein neuer Erkenntnisstand erreicht, sondern lediglich der bereits bestehende abgesichert werden.<sup>12</sup> Schon auf der ersten großen deutschen Stalinismus-Tagung nach der Öffnung der Archive sahen manche Historiker in dem neuen Archivmaterial vor allem die Chance, eine immer weiter verfeinerte Ideologieggeschichte der Fraktionskämpfe innerhalb der kommunistischen Bewegung zu verfassen.<sup>13</sup> Ein solcher Anspruch verheißt nicht unbedingt intellektuelle Abenteuer.<sup>14</sup>

Nun wäre es zwar falsch, inhaltlich und methodisch zum Bildersturm anzusetzen. Doch um die „Gretchenfrage der Fremdbestimmung des deutschen Kommunismus“<sup>15</sup> zu klären, ist es notwendig, den Blickwinkel zu erweitern: *Dass* die Bolschewiki einen großen Einfluss auf die KPD ausübten, dürfte wohl schon vor der Öffnung der Archive kaum jemand bezweifelt haben – unklar ist aber erstens

<sup>7</sup> So die Formulierung von Richard Löwenthal in der Vorbemerkung zum Buch von Thomas Weingartner, *Stalin und der Aufstieg Hitlers*, S. VII.

<sup>8</sup> Courtois, *Archives du communisme*, S. 129.

<sup>9</sup> Die Notwendigkeit erschließt sich z. B. aus Fehlern wie sie Luks, Entstehung der kommunistischen Faschismustheorie, S. 142, Fn. 19, unterlaufen. Der von Luks als Position des EKKI vorgestellte Aufsatz von Hermann Remmele wurde von der Kominternführung tatsächlich scharf kritisiert.

<sup>10</sup> Vgl. den Sammelband: Weber, *Kommunisten verfolgen Kommunisten*.

<sup>11</sup> Unfried, *Nutzen und Nachteil der Archive*, S. 268; Studer, *Die Rückkehr der Geschichte*, S. 17.

<sup>12</sup> Vgl. z. B. Weber, *Thälmann-Skandal*.

<sup>13</sup> Unfried, *Nutzen und Nachteil der Archive*, S. 272 f.

<sup>14</sup> Vgl. Baberowski, *Arbeit an der Geschichte*, S. 41.

<sup>15</sup> So die Formulierung von Sigrid Koch-Baumgarten in: dies., *Wende in der Geschichtsschreibung*, S. 87.

immer noch, wie sie diesen ausübten und wie weit er schließlich reichte – wie groß also das Resistenzpotenzial der KPD blieb. Um diesen Fragenkomplex zu klären, muss man sich von den gewohnten Schwarz-Weiß-Bildern lösen: Weder waren die deutschen Kommunisten eigenständige Akteure, die sich in ihr nationales Milieu zurückziehen konnten<sup>16</sup>, noch lassen sie sich als willenlose Marionetten Moskaus karikieren. Wie anregend in dieser Hinsicht ein Blick auf die NS-Forschung sein kann, verdeutlicht bereits die eigentlich nicht überraschende Beobachtung, dass der Stalinismus – wie Helmut Altrichter betonte – ebenso wenig wie der Nationalsozialismus „mit dem einfachen Muster von Befehl und Gehorsam“ hinreichend zu beschreiben ist.<sup>17</sup>

Um die Beziehungen zwischen deutschen und sowjetischen Kommunisten in ihrer Tiefe zu analysieren, ist es daher zweitens notwendig, ihren politischen Alltag in den Blick zu nehmen und dabei auch zu untersuchen, wie die Funktionäre jeweils das politische Geschehen wahrnahmen und welche Handlungsstrategien sie daraus entwickelten.<sup>18</sup> Eine durch solche Anregungen bereicherte Kominternforschung kann die Frage, wie das Verhältnis zwischen „Moskau“ und der KPD konkret aussah, präziser beantworten. In vielen Arbeiten der klassischen Kominternforschung haben Wahrnehmungsmuster und Vorstellungswelten lange Zeit keine Rolle gespielt; die westeuropäischen Kommunisten nahmen häufig nur die Rolle von stummen Statisten ein, deren Gedanken generell vernachlässigbar waren. Tatsächlich aber trafen in der Komintern Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft aufeinander, die unterschiedlich sozialisiert worden waren. In der Folge kam es zuweilen zu einer – wie es Robert Tucker einmal in einem vergleichbaren Zusammenhang formulierte – „collision of Communist cultures“.<sup>19</sup>

So ist es interessant danach zu fragen, welche Bedeutung die vollkommen unterschiedlichen Formen politischer Öffentlichkeit in Deutschland und Russland bzw. der Sowjetunion für das jeweilige Denken der deutschen und sowjetischen Kommunisten spielte und wie die KPD-Funktionäre beispielsweise auf die Kampagnen gegen die vermeintliche Gefahr einer „imperialistischen Intervention“ gegen die Sowjetunion reagierten. Wie ging die KPD ferner mit der Spannung zwischen der täglich erfahrbaren politischen Realität in Deutschland und der selbstgewählten Unterordnung unter die mehr als 2000 Kilometer entfernte Kominternzentrale um? Haben die deutschen Funktionäre den Anspruch der Bolschewiki akzeptiert, dass von Moskau ein klarerer Blick auf das Geschehen in

<sup>16</sup> Vgl. z. B.: Worley, *Communist International*, S. 201. Die Gegenposition vertrat: McIlroy, *British Communism*.

<sup>17</sup> Altrichter, „Offene Großbaustelle Russland“, S. 360. Vgl. auch: Kershaw, *Stalinism und Nazism*.

<sup>18</sup> Vgl. Mergel, *Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik*; Frevert, *Neue Politikgeschichte*; Fitzpatrick, *Politics as Practice*; Rohe, *Politische Kultur*; ders., *Wahlen und Wählertraditionen*; Tucker, *Culture, Political Culture, and Soviet Studies*, in: ders., *Political Culture*; Balandier, *Politische Anthropologie*; White, *Political Culture and Soviet Politics*; Brown, *Political Culture and Communist Studies*.

<sup>19</sup> Vgl. Tucker, *Culture, Political Culture, and Soviet Studies* in: ders., *Political Culture*, S. 8 f.; sowie White, *Political Culture in Communist States*, S. 360 f. Über die Konfrontation entlang solcher Grenzen innerhalb der Sowjetunion vgl. Baberowski, *Der Feind ist überall*; Rolf, *Sovetskoj massovyj prazdnik*.

Deutschland möglich sei als vor Ort selbst? Wie wurden schließlich die politischen Veränderungen in Deutschland, wie sie sich insbesondere mit dem Aufstieg des Nationalsozialismus abzeichneten, jeweils von der Komintern und KPD eingeschätzt und welche Maßstäbe wurden hierbei angelegt?

Dieses Buch wendet sich diesen Fragen zu – und bietet darüber hinaus aufgrund der Analyse zahlreicher Dokumente aus den ehemals geschlossenen Parteiarchiven in Berlin und Moskau erstmals die Chance, den Funktionären der sowjetischen Partei (VKP(b)), der Komintern und der KPD bei ihrer Arbeit zuzusehen. Wir erfahren dabei nicht nur etwas über das gegenseitige Misstrauen und die permanenten Missverständnisse, die Beleidigungen und Kränkungen, wir blicken auch auf die notorische Verwirrung und Kopflösigkeit der Funktionäre in Moskau und Berlin, beobachten das Entsetzen der Kominternführung angesichts heimlicher Verhandlungen deutscher Spitzenfunktionäre mit einem deutschen Reichsinnenminister und den Argwohn der Bolschewiki angesichts der offeneren politischen Kultur in Westeuropa, die auf die westlichen Kommunisten einwirkte.<sup>20</sup> Wir erleben zudem die euphorischen Momente im Leben der Berufsrevolutionäre, als beispielsweise innerhalb der Kominternführung kurz vor der Reichspräsidentenwahl im Frühjahr 1932 kräftige Zuwächse für die KPD erwartet wurden und daraufhin ein regelrechtes Wettfieber ausbrach und Zettel herumgereicht wurden, auf denen die Funktionäre ihre Schätzungen über die voraussichtliche Anzahl der Stimmen notierten, die sie für Thälmann erhofften.

Dieser Blick auf den politischen Alltag dient aber keineswegs bloß dazu, die Atmosphäre in den Beziehungen zwischen deutschen und sowjetischen Funktionären zu schildern und den *human-interest*-Faktor dieser Studie zu erhöhen – dieser Blick offenbart vor allem viel über die Machtbeziehungen innerhalb der kommunistischen Weltbewegung und erlaubt somit Rückschlüsse auf die unmittelbaren Einfluss- und Sanktionsmöglichkeiten der Führung der Komintern – des Exekutivkomitees der Komintern (EKKI) – gegenüber den deutschen Kommunisten und auf die Disziplinierungs- und Herrschaftstechniken Moskaus.

Bislang wurde die Komintern als eine strikt vertikal strukturierte Organisation gesehen, in der sich die „Bürokratisierung“ des Kommunismus beispielhaft ablesen lasse. Dies mag auf die Tätigkeit des EKKI-Apparates zutreffen, der Ende der 1920er Jahre auf mehrere hundert Mitarbeiter angewachsen war, von denen sich die Mehrzahl damit beschäftigte, täglich die ausländische Presse und die eintreffenden Berichte der nationalen Sektionen und der EKKI-Emissäre durchzulesen, auszuwerten und anschließend zu eigenen Berichten zusammenzufassen. Das bisher bestehende Bild der Anleitung der KPD hingegen muss modifiziert werden.

Mit dem Blick auf das „Endergebnis“ – die propagierte Politik der KPD – war die Forschung bislang allzu schnell geneigt, dieses aufgrund der prinzipiellen Unterordnung der KPD unter die Komintern für die exakte Umsetzung der Moskauer Anweisungen zu halten. Doch sind hier noch einige zentrale Fragen offen geblieben. Dies betrifft *erstens* die Möglichkeiten der sowjetischen Funktionäre, die KPD zu kontrollieren, sie also zu überwachen und gegebenenfalls Sanktionen

<sup>20</sup> Vgl. Hoffmann, *Stalinist Values*, v. a. Kapitel 2 („A Code of Behavior for Communists“); Studer u. a., *Der stalinistische Parteikader*.

zu erlassen und *zweitens* die Stränge, über die Moskau seinen Einfluss auf die Politik der KPD geltend machte.

Bezüglich der Informationsbeschaffung ist zu fragen, was die Komintern und sowjetische Führung von den Vorgängen in Deutschland überhaupt erfuhren. So zeigen beispielsweise Studien über die Berichte der sowjetischen Botschafter in Dänemark an das Außenkommissariat<sup>21</sup> oder die russischen Geheimdienstinformationen für Stalin über den bevorstehenden Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion im Jahre 1941<sup>22</sup>, dass die Berichtersteller nicht selten geneigt waren, ihre Informationen entsprechend den Erwartungen ihrer Vorgesetzten auszuwählen. Auch im Falle der Komintern und der bolschewistischen Führung ist zu untersuchen, was diese von den Vorgängen in Deutschland und in der deutschen Partei mitbekamen.

Ebenso muss unser Wissen über die Interventionsmöglichkeiten der Komintern präzisiert werden: Gewiss hatten die bolschewistischen Spitzenkader die Macht, die nationalen Parteiführungen abzusetzen, wenn diese „unbequem“ wurden, und es gibt einige Beispiele dafür, dass Moskau diese Macht auch skrupellos ausnutzte. Dennoch blieb dieser Ausweg nur die *Ultima Ratio* – denn wie häufig ließ sich ein solches Vorgehen wiederholen, wenn die bolschewistische Führung nicht das gesamte Führungspersonal der Sektionen verschleifen wollte? Ebenso ist die sagenumwobene Aura auf ihren Realitätsgehalt zu überprüfen, die die Tätigkeit der sowjetischen Instrukteure in der Weimarer Republik umgibt. Zuweilen wurde in der Literatur ungefiltert die alarmistische Sichtweise der damaligen politischen Polizei übernommen, wonach die Instrukteure „durch das Land reisten, um die Stimmung [unter der Arbeiterschaft] anzuheizen“ und die deutschen Kommunisten daraufhin einen Staatsumsturz vorbereitet hätten.<sup>23</sup> Dies traf zwar für die Zeit bis zum „Deutschen Oktober“ von 1923 zu, als Komintern und KPD einen letzten Aufstandsversuch organisierten<sup>24</sup> – doch Belege für die konkrete Tätigkeit der Instrukteure in den Jahren nach diesem Ereignis blieb die Forschung bislang schuldig.

Die Stalinismusforschung hat in den letzten Jahren bedeutende Arbeit geleistet, um die Herrschaftspraktiken der Bolschewiki zu erkunden.<sup>25</sup> Zu beleuchten ist nun, inwieweit diese Herrschaftspraktiken auch auf die KPD-Führung angewandt wurden. Von besonderem Interesse sind hierbei persönliche Verbindungen zwischen dem sowjetischen Diktator einerseits und den deutschen Spitzenfunktionären Ernst Thälmann, Hermann Remmele und Heinz Neumann andererseits, über die bislang nur gemutmaßt werden konnte und die sich anhand der nun vorliegenden Dokumente eingehend untersuchen und in ihrer Bedeutung für die Anleitung der KPD analysieren lassen. Vor allem in diesem Bereich bietet es sich an, Anregungen der NS-Forschung aufzunehmen: So wie dort die „intentionalisti-

<sup>21</sup> Vgl. Haue, *Perzeption und Quellen*.

<sup>22</sup> Vgl. Gorodetsky, *Die große Täuschung*.

<sup>23</sup> Striefler, *Kampf um die Macht*, S. 15 f., 221 f. (Zitat).

<sup>24</sup> Vgl. dazu den Dokumentenband: Bayerlein, *Deutscher Oktober*.

<sup>25</sup> Vgl. beispielsweise: Khlevnjuk, *Politbjuro*; Gorlizki, *Stalin's Cabinet*; zusammenfassender Überblick bei: Fitzpatrick, *Politics as Practice*.

sche“ und die „funktionalistische“ Sichtweise schon längst als gleichberechtigte Erkenntnismethoden benutzt werden, so hat sich auch in der Stalinismus-Forschung gegen die klassische Totalitarismustheorie die Erkenntnis durchgesetzt, dass diese Betrachtungsweisen keinen Gegensatz bilden, sondern sich ergänzen. Daher ist beispielsweise zu fragen, ob die These, die Ian Kershaw in seiner Hitler-Biographie aufgestellt hat, dass der deutsche Diktator einen Großteil seiner Macht aus der Bereitschaft seiner Gefolgschaft bezog, „dem Führer entgegenzuarbeiten“, d. h. seinen vermutlichen Willen im Voraus zu erkennen und dementsprechend zu handeln<sup>26</sup>, sich auch für den Stalinismus im Allgemeinen und für die Anleitung der KPD im Besonderen anwenden lässt.

Wer unter dieser Perspektive analysiert, wie die Bolschewiki die Politik der KPD beeinflusst haben, entgeht der Versuchung, die deutschen Kommunisten nur als Opfer einer politischen Vergewaltigung zu betrachten. Dass die bolschewistische Führung enormen Druck auf die deutschen Kommunisten ausübte und über der KPD-Führung stets ein Damoklesschwert schwebte, ist unbestritten – doch im politischen Alltag musste Moskau vor allem auf die Loyalität und die Kooperation der deutschen Kommunisten setzen, damit die Anweisungen der Komintern umgesetzt wurden. Um es mit den Worten von Karl Deutsch zu formulieren: es lässt sich einem Menschen mit Gewalt zwar das Klavierspielen verbieten, sie reicht aber nicht aus, um es ihm auch beizubringen.<sup>27</sup>

Zu der Frage aber, warum sich so viele Menschen freiwillig „in die zahlreichen Organisationen der Komintern einreihen oder sie wenigstens ideell unterstützen“<sup>28</sup>, konnte die bisherige Stalinismusforschung wenig beitragen, weil sie sich auf die Zeit nach 1933 und im Falle der deutschen Kommunisten auf die Funktionäre im sowjetischen Exil konzentrierte. In dieser Zeit des Terrors jedoch war es lebensnotwendig geworden, sich an die Normen und Handlungsmuster des Stalinismus anzupassen und immer wieder eine unbedingte Ergebenheit gegenüber der Parteiführung und absolute politische „Zuverlässigkeit“ zu beweisen. In dieser Periode, in der die Machthaber Gewalt nicht mehr als Mittel sahen, um das Wohlverhalten ihrer Untertanen zu erzwingen, sondern sie exzessiv anwandten, weil sie sich – ergriffen von einer geradezu pathologischen Paranoia – in einer Notwehrsituation wähnten und sich die NKVD-Offiziere gegenseitig darin überboten, die vorgeschriebenen Quoten von zu erschießenden „Volksfeinden“ zu übertreffen<sup>29</sup>, blieb demjenigen, dem sein Leben lieb war, in dieser Hinsicht gar kein Handlungsspielraum mehr.

Zu erforschen, wie sich die Beziehungen zwischen Moskau und der KPD in den Jahren zwischen 1928 und 1933 gestalteten, verspricht dagegen aufschlussreichere Antworten auf die Frage, welche persönlichen Handlungsspielräume sich den deutschen Kommunisten angesichts des Stalinismus eröffneten: Wenn sie sich in dieser Zeit von der Partei abwandten, drohte ihnen weder die Gefahr, in ein natio-

---

<sup>26</sup> Vgl. Kershaw, Hitler. 1886–1936, Kapitel XIII.

<sup>27</sup> Deutsch, Die Analyse internationaler Beziehungen, S. 42, zitiert nach: Mergel, Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, S. 602.

<sup>28</sup> Studer, Bild der Komintern, S. 28.

<sup>29</sup> Vgl. Getty (Hg.), The Road to Terror; Baberowski, Der rote Terror, S. 135–208, v. a. S. 155.

nalsozialistisches Konzentrationslager eingeliefert zu werden, noch im Gulag oder auf den *killing-fields* vor Moskau zu verschwinden. Die Kommunisten in Deutschland konnten sich anderen Parteien zuwenden und die deutschen Kommunisten in der Sowjetunion konnten bis 1933 meist problemlos nach Deutschland zurückkehren – und zwar notfalls mit Hilfe der deutschen Botschaft. Da die deutschen Kommunisten sich vor 1933 noch weitgehend aus eigenen Stücken für oder gegen den Kommunismus stalinistischer Prägung entscheiden konnten, darf davon ausgegangen werden, dass uns ihre damaligen Handlungen und Aussagen weit aussagekräftigere Zeugnisse über ihr Verhältnis zum politischen System der Sowjetunion vermitteln, als die Quellen, die nach 1933 entstanden sind.

Das Konzept, wie es auf den vorhergehenden Seiten entwickelt worden ist, lässt sich am besten in einer Kombination aus ereignis- und strukturgeschichtlich angelegten Abschnitten verfolgen. Eine ereignisgeschichtliche Herangehensweise empfiehlt sich nicht nur, weil in dieser Arbeit ein thematischer Schwerpunkt auf den „klassischen“ Fragen des Verhältnisses der Kommunisten zur Sozialdemokratie und zum Nationalsozialismus liegt, sondern auch weil nur so das Prozesshafte der Politik, das *policy-making* der kommunistischen Spitzenkader angemessen analysiert werden kann. Aus diesem Grunde werden hier bekannte und bereits häufig erforschte Schlüsselereignisse in der Geschichte der KPD (wie beispielsweise der Berliner „Blutmai“ von 1929 oder die „Programmerkklärung zur nationalen und sozialen Befreiung“ der KPD von 1930) mit Blick darauf untersucht, was sie im Lichte nun zugänglicher Dokumente über den Einfluss der Komintern auf die deutschen Kommunisten aussagen können. In den strukturell angelegten Abschnitten sollen dagegen in chronologischen Längsschnitten Tendenzen und grundlegende Faktoren in den Beziehungen zwischen Moskau und der KPD dargestellt werden. Die Anordnung dieser thematischen Kapitel ergibt sich ebenfalls aus zeitlichen Schwerpunkten, um auf diese Weise einen kohärenten Erzählbogen zu spannen.

Die Arbeit wird daher umklammert von zwei Kapiteln, die schwerpunktmäßig den Beginn und das Ende des Untersuchungszeitraumes dieser Arbeit abstecken und beide vor allem die Bedeutung von Stalins personalem Netz für die Anleitung der KPD offen legen. Im ersten Kapitel wird die „Wittorf-Affäre“ um eine unterschlagene „Parteispende“ der sowjetischen Handelsvertretung an die Hamburger KPD als Ausgangspunkt genommen, um diese spezifische Herrschaftsstruktur darzustellen, und der Frage nachzugehen, wie sich dieses Patronagesystem auf die Hierarchien in der Komintern auswirkte. Im letzten, dem neunten Kapitel wird dann analysiert, wie dieses Herrschaftssystem infolge des Machtkampfes innerhalb der KPD-Spitze zusammenbrach und wie die damaligen Vorgänge in der bolschewistischen Führung interpretiert wurden.

Weitere thematische Kapitel beschäftigen sich mit dem Verhältnis zwischen sowjetischer Außenpolitik und Komintern (Kapitel II) und den Spannungen zwischen dem revolutionären Anspruch der Komintern sowie der gewaltbetonenden kommunistischen Propaganda einerseits und der Furcht vor dem Verlust der Kontrolle über die Parteibasis andererseits, die diese Propaganda allzu sehr für bare Münze nahm (Kapitel III). Ein gesondertes Kapitel behandelt die Konflikte, die zwischen deutschen und sowjetischen Kommunisten aufgrund ihrer unter-

schiedlichen Rollenbilder und politischen Sozialisation entstanden (Kapitel VII). In diesem Zusammenhang wird schwerpunktmäßig auf die verschiedenen Verhaltensmuster eingegangen und es werden die Versuche der Bolschewiki analysiert, die ausländischen Funktionäre nach ihrem eigenen Vorbild zu erziehen. In einem Fallbeispiel werden hierfür die Erfahrungen des „Revolutionshelden“ Max Hoelz herangezogen, der über seine Erlebnisse in der Sowjetunion Tagebuch führte. In diesem Kapitel wird ferner der Vorwurf des „Legalismus“ thematisiert, den die sowjetischen Funktionäre an die Adresse der KPD richteten. Damit wurde die Frage angesprochen, in welchem Maße sich die Kommunisten in Deutschland als Träger einer „Gegengesellschaft“ begreifen und absondern sollten bzw. wie stark sie trotz dieser Absonderung von der sie umgebenden Gesellschaft geprägt wurden.<sup>30</sup>

Stärker ereignisgeschichtlich strukturiert sind die Abschnitte über die Diskussion über die „Sozialfaschismus“-Doktrin im Frühjahr 1930 (Kapitel IV), über die nationalistische Linie der KPD im Jahr 1930/31 (Kapitel V), über die Auseinandersetzungen zwischen SPD und KPD im Sommer 1931 (Kapitel VI) sowie die seit Ende 1931 entstehenden Konflikte um die Frage, ob mit den Sozialdemokraten eine Einheitsfront gegen die Nationalsozialisten gebildet werden sollte (Kapitel VIII). Vor allem an den Diskussionen über das Verhältnis zur SPD lässt sich ablesen, wie sich die anfängliche völlige Übereinstimmung zwischen der stalinistischen Führung in Moskau und der KPD-Spitze teilweise auflöste und die unterschiedlichen Wahrnehmungen der deutschen Innenpolitik an Bedeutung gewannen.

Es wäre wünschenswert gewesen, das Verhältnis zwischen Moskau und der KPD eingehender mit den Beziehungen zwischen der Komintern und anderen Sektionen zu vergleichen, doch hätte ein solches Unterfangen den Rahmen dieser Arbeit gesprengt. Dennoch sollen im Folgenden immer wieder einzelne Schlaglichter auf die anderen kommunistischen Parteien Westeuropas geworfen werden, um sie zumindest als Maßstab im Auge zu behalten, mit dem sich die Entwicklung der KPD besser einschätzen und bewerten lässt.

\*

Die Öffnung der ehemals sowjetischen Archive im Jahre 1991 hat den Historikern, die sich mit der Geschichte des Kommunismus und der Sowjetunion beschäftigen, Forschungsmöglichkeiten eröffnet, von denen sie vorher nur träumen konnten. Auch diese Arbeit wäre ohne die seit der „Archivrevolution“ zugänglichen Dokumente nicht realisierbar gewesen. Neben den Beständen des Historischen Archivs der KPD, das von der *Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR* (SAPMO) im *Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde* (BArch) aufbewahrt wird, wurden von mir die Dokumente des *Russländischen Staatlichen Archivs für sozial-politische Geschichte* (RGASPI), in dem u. a. die Akten des Zentralkomitees und des Politbüros der VKP(b) und der Komintern liegen, und des *Archivs für auswärtige Politik der Russländischen Föderation* (AVP RF) genutzt.

<sup>30</sup> Vgl. dazu Mergel, *Parlamentarische Kultur*, der den Reichstag als sozialen Raum untersucht, in dem die politischen Grenzen durch soziale Praktiken teilweise transzendiert wurden.

Im RGASPI finden sich nicht nur die Akten der Komintern und des Politbüros der VKP(b), sondern seit 1999 auch große Teile der Korrespondenz Stalins, die bis dahin in seinem ehemaligen Privatarchiv im Kreml, dem heutigen (und bislang nur ausgewählten Forschern zugänglichen) *Archiv des Präsidenten der Russländischen Föderation* (AP RF) lagerten.<sup>31</sup> Für den Blick der deutschen Kommunisten auf den real existierenden Stalinismus erwiesen sich insbesondere die Unterlagen der deutschen Vertretung beim EKKI im RGASPI als überaus ergiebige Quelle, da sich dort zahlreiche Berichte, Eingaben und Beschwerden finden, die ein dichtes Bild der Lage der ausländischen Funktionäre und Arbeiter in der Sowjetunion zeichnen.

Allerdings hat sich die Quellenlage zur Geschichte der Komintern schon wenige Jahre nach der Öffnung der Archive im Jahr 1991 verschlechtert, als einige zentrale Bestände des Kominternarchives im RGASPI wieder für die Nutzer geschlossen wurden. Einige weitere auch für diese Arbeit relevante Bestände hingegen hatte man gar nicht erst zugänglich gemacht. Dies waren vor allem die Bestände des Kominterngeheimdienstes (der so genannten „Abteilung für internationale Verbindungen“ (OMS)) und der Budgetkommission der Komintern, aus der sich die konkreten Zahlungen Moskaus an die einzelnen Parteien rekonstruieren lassen. Auch der Bestand der chiffrierten Telegramme, die den Parteiführungen vom EKKI geschickt wurden, um sie detailliert über die Anweisungen Moskaus zu unterrichten<sup>32</sup>, und die Akten des Parteikomitees der VKP(b)-Mitglieder des EKKI-Apparates blieben mir verschlossen. Als besonders gravierend erwies sich die weitgehende Sperrung der Akten des Sekretariates Pjatnickij im RGASPI, denn sie sind unverzichtbar, wenn man untersuchen will, wie die kommunistischen Sektionen durch Moskau angeleitet wurden, da sie die Korrespondenz zwischen Stalin und der Komintern enthalten sowie zahlreiche abgefangene Briefe kommunistischer Funktionäre und Berichte der sowjetischen Instrukteure aus dem Ausland. Die Deklassifizierung der erwähnten geschlossenen Bestände ist schon seit langem angekündigt, wurde aber immer wieder hinausgeschoben.<sup>33</sup>

Wollte man sich allein auf die ohne weiteres zugänglichen Protokolle der Kominterngremien stützen, so polemisierte der spanische Historiker Antonio Elorza vor einigen Jahren, müsste man den Eindruck gewinnen, dass die Komintern lediglich eine ewig debattierende „Gesellschaft für sozio-politische Studien“ gewesen sei.<sup>34</sup> Glücklicherweise jedoch hat die KPdSU zu Beginn der 1980er Jahre einen großen Bestand der Komintern-Akten, die die KPD betreffen, verfilmen las-

<sup>31</sup> Kürzlich erschienene Veröffentlichungen und Dokumentenbände zeigen, dass dort noch Aufsehen erregendes Material liegt. Vgl. Khaustov (Hg.), *Lubjanka. Stalin i VChK-GPU-OGPU-NKVD*.

<sup>32</sup> 2003 erschien nun allerdings erstmals ein Band, der einen Teil dieses Bestandes aus den Jahren nach 1933 nutzen durfte: Bayerlein u. a., *Moscou-Paris-Berlin*.

<sup>33</sup> Unter diesen Umständen stellt sich die Frage, wozu ein Mammutprojekt taugt, das sich die Digitalisierung von einer Million Seiten aus dem Kominternarchiv zur Aufgabe gemacht hat, dabei aber zentrale Bestände auslassen muss. Vgl. dazu: Kozlov, *Problema dostupa v arkhivy*, v. a. S. 96–99.

<sup>34</sup> Interview mit Antonio Elorza: „Le mur du secret est-il tombé?“, in: *Le Monde* vom 9. 12. 1999.

sen und diese Mikrofilme dem Institut für Marxismus-Leninismus der SED übergeben – und so befinden sich heute eine Reihe wichtiger Akten des Pjatnickij-Bestandes als Kopie im Bundesarchiv in Berlin-Lichterfelde. Einige weitere Akten dieses Bestandes konnte ich darüber hinaus – tatkräftig unterstützt durch die Deutsch-russische Historikerkommission – im Original in Moskau einsehen, sofern in ihnen keine Berichte des sowjetischen Geheimdienstes enthalten sind.

## Die deutschen Kommunisten, das bolschewistische Modell und die sowjetische Realität

Bevor wir uns den direkten Kontakten zwischen Moskau und der KPD zuwenden, sollen auf den nächsten Seiten in einer Art Prolog erstens einige zentrale Faktoren erläutert werden, die die Grundvoraussetzung dafür bildeten, dass die sowjetischen Bolschewiki die Politik der deutschen Kommunisten beeinflussen konnten, und zweitens die grundsätzlichen Spannungen erwähnt werden, die in diesen Beziehungen infolge der gewaltigen Lücke zwischen dem ideologischen Anspruch und der politischen Realität auftraten.

Die bolschewistische Lehre war ein Heilsversprechen und das bolschewistische Revolutionsmodell das notwendige Exerzitium, um dieses säkulare Himmelreich auch in Deutschland zu errichten. Die russischen Bolschewiki hatten mit ihrem Umsturz aus Sicht auch der deutschen Kommunisten „das Rad der Weltgeschichte um eine entscheidende Umdrehung vorangetrieben“<sup>35</sup> – aus diesem Grunde musste die prinzipielle bolschewistische Vorrangstellung gegenüber der KPD, wie Dietrich Geyer betonte, „keineswegs erzwungen werden“, sondern ergab „sich sozusagen ‚aus dem Leben selbst‘ [...], aus dem natürlichen Übergewicht und der unbestrittenen Autorität der russischen Partei und ihrer Führerpersönlichkeiten“.<sup>36</sup> Aufgrund der seit 1918 abgelaufenen Entwicklung war es für den Propagandaleiter der KPD, Joseph Lenz, im Jahre 1927 ganz selbstverständlich, „dass die russischen Genossen, die Vertretung der bolschewistischen Partei, in der Exekutive und auf dem Weltkongress, obwohl sie zahlenmäßig eine kleine Minderheit darstellen, den größten Einfluss haben“.<sup>37</sup> Clara Zetkin hatte sich schon 1923 auf dem dritten Parteitag der KPD in eine geradezu religiöse Trance geredet, als sie unter stürmischem Beifall der Delegierten und für heutige Ohren mit unfreiwilliger Komik erklärte:

„Es ist keiner von uns gewesen, der nicht Sowjetrusslands revolutionäres Leben, die Hingabe und Begeisterung des Proletariats kennengelernt hat, ohne von dem Eindruck überwältigt zu werden. Ziehe Deine Schuhe aus! Der Boden, da Du stehest, ist heiliger Boden. Ist geheiligter Boden durch den revolutionären Kampf, die revolutionären Opfer des russischen Proletariats.“<sup>38</sup>

<sup>35</sup> Wirsching, „Stalinisierung“ oder entideologisierte „Nischengesellschaft“?, S. 461.

<sup>36</sup> Geyer, Sowjetrussland und die deutsche Arbeiterbewegung, S. 17.

<sup>37</sup> Lenz, Was wollen die Kommunisten?, S. 56.

<sup>38</sup> Clara Zetkin auf dem III. Parteitag, in: Bericht über die Verhandlungen des III. [8.] Parteitages, S. 277. Die Schreibweise des Originaltextes wurde beibehalten.

„Es gab nicht nur eine Abhängigkeit von Moskau“, so stellte Karl Schlögel treffend fest, sondern auch „eine Moskaubedürftigkeit und Moskausüchtigkeit der KPD und ihres Umfeldes. Der Bedarf nach einem ‚gelobten Land‘ war im Land der gescheiterten und steckengebliebenen Revolution besonders groß.“<sup>39</sup> Dieser letzte Punkt ist entscheidend: Im Gegensatz zu den französischen Kommunisten fehlte den deutschen Genossen ein positiver Bezugspunkt in der eigenen Geschichte. Während die Franzosen auf eine eigene revolutionäre Tradition zurückblicken konnten, erschienen die Deutschen zwar als gute Theoretiker, doch war ihr Weg aus revolutionärer Sicht von Misserfolgen gepflastert. Aus diesem Grunde wurden die russischen Bolschewiki schon bald nach der Gründung der KPD von den deutschen Kommunisten als oberste Entscheidungsinstanz anerkannt, wurde die Verbindung mit Moskau „zur notwendigen Voraussetzung und zum entscheidenden Differenzkriterium der kommunistischen Identität“.<sup>40</sup> Aus dieser freiwilligen Unterwerfung resultierten später die inneren Spannungen, wenn es zwischen Moskau und der KPD doch zu Meinungsverschiedenheiten kam.

Mit dem zeitlichen Schwerpunkt dieser Arbeit ist zweitens der Blick auf die Tatsache zu lenken, dass die „ultralinken“ Thesen der Komintern, die seit Ende der 20er Jahre propagiert wurden, insbesondere in Teilen der deutschen Arbeiterschaft als ein plausibles Deutungsschema der damaligen sozialen Wirklichkeit gesehen wurden. Die Politik der Komintern konnte in Deutschland nur deshalb einen solch fatalen Erfolg haben, weil deren Paradigmen in den Augen vieler deutscher Kommunisten von der sozialen und wirtschaftlichen Realität scheinbar bestätigt wurden. Dies betraf insbesondere die auf dem VI. Weltkongress der Komintern im Sommer 1928 propagierte These, der Kapitalismus sei in seine „Dritte Periode“ der Nachkriegsentwicklung eingetreten<sup>41</sup>: Nach der „ersten Periode“ der misslungenen Revolutionen in den kapitalistischen Ländern in der Nachkriegszeit und der sich anschließenden „zweiten Periode“ der kapitalistischen Stabilisierung war die nun einsetzende „dritte Periode“ laut Definition der Komintern durch einen selbstzerstörerischen Konkurrenzkampf der imperialistischen Mächte gekennzeichnet, der diese mittelfristig in den Abgrund trieb, zunächst aber den Ausbeutungsdruck auf die Arbeiterschaft verschärfte, indem unter anderem die Rationalisierung und „Vertrusting“ der Industrie vorangetrieben werde. Dies werde unweigerlich die Arbeiterschaft radikalisieren und somit den Boden für eine proletarische Revolution bereiten.<sup>42</sup> Angesichts der tatsächlich seit Mitte der 20er Jahre bestehenden hohen Sockelarbeitslosigkeit in Deutschland<sup>43</sup> schienen sich erstens der behauptete Zusammenhang zwischen Rationalisierung und Arbeitslosigkeit sowie zweitens die negativen Folgen der zunehmenden „Vertrus-

<sup>39</sup> Schlögel, Berlin, S. 145.

<sup>40</sup> Wirsching, „Stalinisierung“ oder entideologisierte „Nischengesellschaft“?, S. 464.

<sup>41</sup> Wirsching, KPD und P.C.F., S. 288.

<sup>42</sup> Vgl. das Referat von Bukharin auf dem VI. Weltkongress der Komintern, abgedruckt in: Protokoll. VI. Weltkongress der Kommunistischen Internationale. Moskau, Bd. 2, S. 27–45.

<sup>43</sup> Vgl. dazu: Borchardt, Zwangslagen und Handlungsspielräume.

tung“ der Wirtschaft in den Augen eines Teiles der deutschen Arbeiterschaft zu bewahrheiten.

Welche Bedeutung die soziale Realität für die Rezeption der Kominterndoktrinen und somit die Einflussmöglichkeiten Moskaus hatte, zeigt der internationale Vergleich: In Frankreich beispielsweise waren die Krisenphänomene in dieser Form und in diesem Ausmaß nicht zu beobachten – dort setzte die Wirtschaftskrise später ein, verlief weit glimpflicher und war vor allem nicht mit einer so hohen Arbeitslosigkeit verbunden.<sup>44</sup> Dass die Thesen der Komintern über die „Dritte Periode“ für Länder wie Frankreich weniger zutrafen, ist auch weiter nicht verwunderlich, basierten diese verelendungstheoretischen Thesen doch maßgeblich auf dem empirischen Material, das die Komintern aus der Anschauung der deutschen Wirtschaft gewonnen hatte.<sup>45</sup> Dementsprechend wurden aber auch die Thesen, die auf dem VI. Weltkongress der Komintern verkündet worden waren, in der KPF sehr viel stärker in Frage gestellt, als dies in der KPD der Fall war: Die Anweisungen der Parteiführung seien schlicht „undurchführbar“, protestierte ein Redner auf einer Parteiversammlung in Paris im März 1929 gegen die neue Linie und prognostizierte zutreffend, dass die Arbeiter einer solchen „ultralinken“ Politik der Partei nicht folgen würden.<sup>46</sup>

Eine vergleichbare Skepsis gegenüber der neuen Linie war auch in anderen Sektionen zu beobachten: Ein aus England zurückkehrender Kominterninstrukteur merkte in seinem Bericht über die Arbeit der dortigen KP an, dass „die schlechte Lage der Partei in Umständen begründet sind, die zu ändern nicht in der Macht der Parteiführung liegt“<sup>47</sup> – mit anderen Worten: dass die radikale Propaganda der Kommunisten von der dortigen Arbeiterschaft schlicht als wirklichkeitsfremd abgelehnt wurde und sich die englischen Genossen somit ins politische Abseits befördert hatten. Ganz ähnlich war die Situation in Österreich, über die der damalige Leiter des Westeuropäischen Büros der Komintern, Georgi Dimitrov, Anfang 1931 bemerkte, dass die weit überwiegende Mehrheit der österreichischen Arbeiter die KPÖ als „ein Häufchen nicht ernstzunehmender Leute und sogar als Abenteurer“ ansähen.<sup>48</sup>

Dementsprechend unterschiedlich entwickelten sich die verschiedenen Sektionen während der „Dritten Periode“: Die KPD erreichte in diesem Zeitraum ihre größten Erfolge – jedenfalls was Wahlergebnisse und Mitgliederzahlen betraf. Zählte die KPD Ende 1929 noch ca. 98 000 Mitglieder, so gehörten ihr Ende 1932 ca. 252 000 Personen an. Bei der Reichstagswahl vom 25. Mai 1928 – wenige Monate bevor die „ultralinke“ Wende offiziell vollzogen wurde – hatte die KPD

---

<sup>44</sup> Wirsching, *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?*, S. 361–371.

<sup>45</sup> Kozlov, *Reflections on the Origins of the „Third Period“*; Wirsching, *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?*, S. 382.

<sup>46</sup> Zitiert nach: Wirsching, *KPD und P.C.F.*, S. 287.

<sup>47</sup> Zitiert nach: Bericht „Alarichs“ [d.i. Gyptner] über die Arbeit des WEB des EKKI vom 12. 1. 1929, RGASPI fond [Bestand] 495, opis' [Findbuch] 19, delo [Akte] 9, list [Blatt] 18. Die russischen Archivsignaturen werden im Folgenden auf diese Weise zitiert: 495/19/9: 18. Bei den Akten des AVP RF besteht die Signatur zusätzlich noch aus der Nummer der „papka“ [Mappe] zwischen opis' und delo.

<sup>48</sup> Brief Dimitrovs an Pjatnickij vom 16. 1. 1930, RGASPI 495/19/426: 127.

10,6 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten, am 6. November 1932 waren es 16,9 Prozent.<sup>49</sup> Die französische Partei dagegen vergraulte mit der „ultralinken“ Taktik im gleichen Zeitraum einen Großteil ihrer Anhänger und schlitterte in eine existentielle Krise, aus der sie erst mit dem Politikwechsel von 1934 entkam. Ihre Mitgliederzahl sank von 52 000 im Jahre 1928 auf ca. 29 000 im Jahre 1933.<sup>50</sup> Noch desaströser wirkte sich der Kurs auf die englischen Kommunisten aus, die im Januar 1928 noch etwa 5000 Mitglieder gezählt hatten (was für sich genommen schon vergleichsweise wenig war) und im August 1930 bei einem Stand von nur noch 2350 Mitgliedern angelangt waren – dem niedrigsten Stand, seitdem die Partei gegründet worden war.<sup>51</sup>

Mit diesen Hinweisen sollen nicht die Manipulationen und Intrigen kleingeredet werden, mit denen die bolschewistische Führung in Moskau und die deutsche Parteiführung in Berlin ihre innerparteilichen Kritiker immer wieder mundtot machten<sup>52</sup>, doch relativieren sie die These von der politischen Vergewaltigung des deutschen Kommunismus – schließlich wurde vor 1933 niemand gezwungen, die KPD zu wählen oder gar in sie einzutreten. In Frankreich, der Schweiz, Polen und England gelang es der Komintern zwar, die jeweiligen Parteiführungen zu Kursänderungen zu zwingen oder bei fortgesetzter Renitenz auch teilweise oder ganz auszutauschen, doch wie die oben genannten Zahlen belegen, erwiesen sich diese Funktionäre dann alsbald als „Könige ohne Land“.

In Deutschland hingegen konnten die „realpolitischen Alternativangebote“ auf der Linken – die durch Abspaltungen von KPD bzw. SPD entstandenen Parteien: die „rechtskommunistische“ KPO und die „linkssozialistische“ SAP – nie den Status von Splittergruppen überwinden. Selbst wenn man von einem hohen Anteil von Proteststimmen ausgeht, die sich nicht an die KPD binden wollten, muss daher davon ausgegangen werden, dass sich Wähler und Funktionäre der KPD bewusst – und unter den Bedingungen der Weimarer Republik vor allem: freiwillig – für die „stalinistische Variante“ des Kommunismus entschieden. Und gerade dieser Aspekt macht die Beziehungen zwischen Moskau und der KPD so interessant.

Es gab noch einen dritten Faktor, der die Attraktivität des bolschewistischen Modells erhöhte (und dies übrigens nicht nur in den Augen der deutschen Arbeiterschaft): Das war der forcierte wirtschaftliche Aufbau der Sowjetunion, deren Industrialisierung nach 1928 so auffällig mit dem Rückgang der Produktion in Deutschland kontrastierte. Während die deutsche Wirtschaft in einer tiefen Rezession versank, wiesen die kommunistischen Propagandisten mit Broschüren wie „Das Land ohne Arbeitslose“<sup>53</sup> oder „Millionen Frauen finden [in der Sowjetunion] Arbeit und Brot“<sup>54</sup> auf den vermeintlichen „sozialistischen Ausweg“

<sup>49</sup> Angaben zur Mitgliedschaft nach: Weber, *Wandlung*, Bd. 1, S. 363 f.; Wahlergebnisse: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 52. Jg., 1933, S. 539.

<sup>50</sup> Wirsching, *KPD und P.C.F.*, S. 290. Zur unterschiedlichen Entwicklung von KPD und PCF vgl. auch ders., *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?*, S. 384–401.

<sup>51</sup> McIlroy, *British Communism*, S. 557.

<sup>52</sup> Diesen Vorgang hat Weber, *Wandlung*, Bd. 1, ausführlich geschildert.

<sup>53</sup> Remmele, *Das Land ohne Arbeitslose*.

<sup>54</sup> So der Titel einer 1931 in Berlin erschienenen Broschüre der KPD.

aus der Wirtschaftskrise hin. Als angeblich prosperierender Gegenpol zur deutschen Malaise und darüber hinaus als Ort der Moderne schlechthin gewann die Sowjetunion nicht nur für die kommunistischen Gläubigen, sondern auch für die so genannten *fellow-travellers* – Künstler, Architekten, Wissenschaftler, aber auch teilweise Industrielle – die Aura eines nach den USA zweiten Landes der unbegrenzten Möglichkeiten.<sup>55</sup> Eine von Ernst Glaeser und F. C. Weiskopf herausgegebene Sammlung von Aufsätzen und Fotoreportagen lehnt sich nicht nur mit seinem Titel („Der Staat ohne Arbeitslose“) eng an die parteioffiziellen Agitprop-Titel an, sondern übernahm zudem unkritisch die sozialistischen Heilsversprechen.<sup>56</sup> Niemand vermochte allerdings die deutschen Spitzenfunktionäre in ihrer Begeisterung für den sozialistischen Aufbau zu übertreffen. Von seinem Urlaubsort an der sowjetischen Schwarzmeerküste aus begeisterte sich Heinz Neumann im Mai 1931 in einem Brief an seinen Freund Leo Flieg über die „ersten realen Tatsachen des ‚Einholens und Überflügelns‘ der kapitalistischen Länder“, von dem Stalin so großmundig gesprochen hatte. Der Vergleich mit den USA als dem bisherigen Land der Verheißungen klang auch bei ihm durch, wenn er euphorisch berichtete: „In einigen Industriezweigen (Traktoren etc.) wird die SU schon in kurzer Zeit an der Spitze der Weltproduktion stehen und sogar Amerika schlagen!“<sup>57</sup>

In ihrem Zahlenrausch hatten die deutschen Spitzenfunktionäre längst jeden Bezug zur Wirklichkeit verloren, Zweifel an dem sowjetischen Wirtschaftskurs und seinen sozialen und menschlichen Opfern waren ihnen ebenso fremd wie der stalinistischen Führung, jegliche Einwände prallten an ihnen ab. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang eine Auseinandersetzung, die Thälmann und Remmele mit Nikolaj Bukharin hatten, als sie sich Ende 1930 zufälligerweise im Rasiersalon des Moskauer Hotels „Metropol“ trafen: Als Thälmann von den sowjetischen Erfolgen bei der Industrialisierung zu schwärmen begann, wiederholte Bukharin, der kurz zuvor wegen seiner Kritik an dieser Politik von Stalin aus der bolschewistischen Führung gedrängt worden war, seine bekannte pessimistische Einschätzung über diesen Kurs. Als der deutsche Parteivorsitzende brüsk entgegnete, die Zahlen der sowjetischen Regierung sagten etwas anderes als Bukharins „Panimacherei“, soll dieser dem naiven Deutschen höhnisch entgegnet haben: „Nun, glauben Sie nur!“<sup>58</sup>

<sup>55</sup> Vgl. Mick, *Sowjetische Propaganda*, v. a. S. 212–229 über die „Gesellschaft der Freunde des neuen Russland“.

<sup>56</sup> Glaeser, *Der Staat ohne Arbeitslose*. Das Buch enthält allerdings ein Nachwort von Alfred Kurella und lässt sich daher auch als Teil der KPD-Propaganda betrachten.

<sup>57</sup> Brief Neumanns an Flieg vom 25. 5. 1931, RGASPI 495/19/527a: 207–214, hier: 214.

<sup>58</sup> Über diese Diskussion mit Bukharin und das einige Tage später stattgefundenene Gespräch mit Stalin, in dem diese eine Rolle spielte, berichtete Remmele einige Jahre später am 4. 3. 1937 in einem Bericht, der sich in seiner Kaderakte erhalten hat. RGASPI 495/205/6159: 107f. Als Datum für das Gespräch mit Stalin kommt der 30. 12. 1930 in Betracht, obwohl Remmele als Zeitpunkt des Gesprächs den Herbst 1931 angegeben hat. Vgl. Korotkov, *Posetiteli kremlevskogo kabineta I. V. Stalina*, Teil I, S. 27. Ein solcher Bericht eines Funktionärs, der ja selber im Visier des NKVD stand, ist natürlich eine problematische Quelle. Da Remmele aber hoffte, dass Stalin bestätigen könne, dass sie sich 1930/31 über diesen Streit mit Bukharin unterhalten haben, scheint der Bericht in seinen Grundzügen glaubhaft.

Die bolschewistische Propaganda vom angeblichen Erfolg der Kollektivierung war für die deutschen Spitzenfunktionäre Realität. Am eindrücklichsten verdeutlicht dies die Bitte der KPD-Führung an die Komintern vom Oktober 1930, einen Streik in Berlin mit 5000 Tonnen des sowjetischen Exportgetreides zu unterstützen, die im Hamburger Freihafen lagerten.<sup>59</sup> Offensichtlich war es den deutschen Funktionären entgangen, dass erstens die Sowjetunion infolge der chaotischen Kollektivierung Anfang des Jahres nur knapp einer Hungersnot entgangen war und dass zweitens der Getreideexport in vollem Umfang den Kauf von Maschinen im Ausland finanzieren sollte.<sup>60</sup> Obwohl der Kominternführung eine Absage an die „internationale Solidarität“ sichtlich unangenehm war, erhielt die KPD nach einer persönlichen Entscheidung Stalins aufgrund der innersowjetischen Lage kein russisches Getreide.<sup>61</sup>

In welcher wirklichkeitsfremden Parallelwelt die deutschen Spitzenfunktionäre lebten, zeigt sich schon daran, dass sie von den Katastrophen der sowjetischen Provinz nichts mitbekamen. So plante Neumann beispielsweise im Sommer 1932, sich auf seiner Zugreise von Moskau nach Sotchi auf den Bahnhöfen unterwegs mit Lebensmitteln einzudecken und musste von seinem Freund Walter Bertram, dem Russland-Korrespondenten der *Roten Fahne*, darauf aufmerksam gemacht werden, dass man ein Gebiet durchqueren werde, in dem inzwischen eine Hungersnot herrsche.<sup>62</sup> Funktionäre wie Thälmann hatten zudem kein Gespür für die Probleme des sowjetischen Alltags. So kam es im Juli 1932 während eines Gespräches zwischen dem deutschen Parteivorsitzenden und einigen SPD-Arbeitern zu dem folgenden, angesichts der damals herrschenden Lebensbedingungen in der Sowjetunion geradezu surreal anmutenden Wortwechsel über die Ende der 20er Jahre eingeführte so genannte immerwährende Woche:

*Jugendgenosse der SPD:* In Russland haben die Arbeiter die 5-Tage-Woche, d. h. 4 Tage arbeiten sie und der 5. Tag ist frei, so dass der Betrieb immer arbeitet. Wie ist es nun, wenn der Mann und die Frau arbeiten? Dann kommt es z. B. vor, dass der Mann [am] Montag frei hat und die Frau [am] Mittwoch.

*Thälmann:* Das kann vorkommen. Aber die familiären Verpflichtungen kann man auch am Abend erfüllen.

*Jugendgenosse:* Ja, aber ich meine, wenn der Mann und die Frau niemals zusammen frei haben, können sie niemals eine Wanderung machen oder sich niemals einen ganzen Tag etwas vornehmen.

*Thälmann:* [...] Man kann nicht wegen des familiären Systems die ökonomischen Grundlagen verändern. [...] Der Anspruch auf einen gemeinsamen Ausflug kann nur 5 mal im Jahre gestellt werden, am 1. und 2. Mai, am 7. und 8. November und am Todestage Lenins. Aber es kann nicht alles zusammen geben.“<sup>63</sup>

<sup>59</sup> Vgl. Telegramm Dahlems an Heckert vom 24. 10. 1930, RGASPI 495/293/113: 22.

<sup>60</sup> Vgl. dazu z. B.: Brief Stalins an Molotov [o.D., nach dem 6. 8. 1930], in: Koshelova (Hg.), *Pis'ma Stalina*, S. 194.

<sup>61</sup> Vgl. den Brief Pjatnickijs an Stalin vom 26. 10. 1930, RGASPI 495/19/242: 97.

<sup>62</sup> Vgl. Buber-Neumann, *Von Potsdam nach Moskau*, S. 288f.

<sup>63</sup> Stenogramm einer Unterhaltung Thälmanns mit SPD-Mitgliedern am 8. 7. 1932, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch) RY 1/41: 231 f. Die Tage nach den offiziellen Festtagen des 1. Mai (Tag der Arbeit) und 7. November (Tag der Oktober-Revolution) waren in Russland ebenfalls Feiertage. Für den 2. Mai gilt dies bis heute.

Die sowjetische Wirklichkeit konnten allerdings nur die wenigsten Ausländer in der Sowjetunion so vollständig ausblenden, wie dies bei Thälmann, Remmele und Neumann der Fall war. Zwar reisten vor allem auf dem Höhepunkt der deutschen Wirtschaftskrise 1931/32 immer mehr deutsche Arbeiter und Ingenieure in die Sowjetunion, um dort Arbeit zu suchen<sup>64</sup> (und zuweilen nutzten deutsche Behörden die Gunst der Stunde, um unliebsame kommunistische Funktionäre loszuwerden und beantragten beim Arbeitsamt sogar noch eine Beihilfe für deren Übersiedlung in die Sowjetunion<sup>65</sup>), doch wurde die Mehrheit der Immigranten durch die sowjetische Realität schnell ernüchert: „Wie wir hier leben“, so klagte ein Arbeiter aus Sachsen-Anhalt Ende Oktober 1931 in einem Brief in die Heimat, „so leben in Deutschland nicht einmal die Zigeuner.“<sup>66</sup> Ein pfälzischer Parteigenosse hatte ein Jahr zuvor von der Baustelle der neuen Traktorenfabrik in Stalingrad in einem Brief an den sozialdemokratischen Betriebsratsvorsitzenden seines alten Werkes in Ludwigshafen berichtet, dass Tausende Arbeiter auf dieser sowjetischen Großbaustelle „noch nicht mal über ein Paar Stiefel verfügen. Von Kleidungsstücken keine Rede. Lumpen haben sie an und [sind] so verlumpt, wie ich noch keinen auf dem Lumpenball an Fastnacht bei uns gesehen habe.“ Angesichts der Lücke zwischen dem Propagandabild der Sowjetunion und der erlebten Realität kam er zu dem Schluss, „es wäre für manchen gut, seine Theorien in der Praxis verwirklicht zu sehen“.<sup>67</sup>

Und tatsächlich erfasste diese Enttäuschung auch die Mitglieder der KPD. Es war schon viel Autosuggestion notwendig, um wie Max Hoelz zu behaupten, dass – gemessen „an den unerhörten Erfolgen auf allen Gebieten und Fronten des sozialistischen Aufbaus“ – die auch von ihm konstatierten „zahlreichen Mängel und Unzulänglichkeiten“ im Grunde genommen „doch verschwindend klein“ seien.<sup>68</sup> In den Berichten und Stellungnahmen vieler anderer KPD-Mitglieder, die die Sowjetunion nicht nur aus der Perspektive der geführten Propagandareisen wahrnahmen, sondern dort für längere Zeit arbeiteten, wimmelt es nur so von Bemerkungen, die belegen, dass sie die Sowjetunion als ein primitives Entwicklungsland betrachteten, dessen Bürger entschieden zu wenig Wert auf die ihnen selbst geläu-

<sup>64</sup> Vgl. Zhuravlev, „Malen'kie ljudi“, S. 25–37.

<sup>65</sup> Vgl. den Fall der drei bayerischen Genossen Bergsteiner, Brand und Keppeler vom Februar 1932: Protokoll Nr. 223 der Politkommission des Politsekretariates des EKKI (PK des EKKI) vom 15. 2. 1932, Pkt. 30, RGASPI 495/4/171: 3; Bericht der drei Genossen, o.D. vor dem 16. 2. 1932, RGASPI 495/292/60: 41 f.; Pieck an Sekretariat der KPD vom 16. 2. 1932, RGASPI 495/292/60: 40; PK des EKKI an Sekretariat des ZK der KPD, 17. 2. 1932, RGASPI 495/293/123: 39 f.

<sup>66</sup> Brief Franz Zwanzigs an Heinrich Fischler, Grossörner bei Hettstedt, vom 21. 10. 1931, RGASPI 17/120/33: 48 f.

<sup>67</sup> Brief Franz Volkmers, Elektrowerk Stalgress bei Stalingrad, an „Jakob“, den Betriebsratsvorsitzenden der Firma Zimmermann & Co in Ludwigshafen, vom 22. 10. 1930, RGASPI 17/120/33: 38. Zur Lage deutscher Arbeiter in der Sowjetunion vgl. auch: Zhuravlev, „Malen'kie ljudi“. In diesem Buch stehen allerdings die Facharbeiter des Moskauer „Elektrosavod“ im Mittelpunkt, die schon durch ihren Wohnort in der sowjetischen Hauptstadt relativ privilegiert waren.

<sup>68</sup> Brief Max Hoelz' an Traute Hoelz vom 6. 1. 1933, abgedruckt in: Plener (Hg.), Hoelz, S. 348–354, hier: S. 352.

figen Tugenden legten. Selbst ein deutscher Mitarbeiter des EKKI zeigte sich Anfang 1932 entsetzt über das „Chaos“ in den Moskauer Büros der Komintern, wo es weder feuerfeste Schränke noch eine zeitgemäße Kartothek oder Registratur gebe. Den an die vorbildliche Bürokratie der KPD-Zentrale gewöhnten Funktioniär schockierte die „geradezu mittelalterliche Rückständigkeit“ im Hauptquartier der Weltrevolution: „Jeder mittlere Handwerker, jeder Händler und jedes beliebige technische oder politische Büro in Deutschland hat einen technischen Apparat, der bei weitem über dem des EKKI steht.“<sup>69</sup> Diese Bemerkung wurde von seinem Vorgesetzten, der den Bericht las, unterstrichen und am Rande markiert. Auch ein deutscher Instrukteur, der im Auftrage der Internationalen Arbeiterhilfe die Arbeitsbedingungen ausländischer Beschäftigter in der Sowjetunion untersucht hatte, war nach seinem mehrmonatigen Aufenthalt wenig von der sowjetischen Zivilisation angetan. In einem Brief an die deutsche Vertretung beim EKKI bilanzierte er seine Erfahrungen mit den Worten: „Mir kann dieser ganze Krempel nicht gefallen; obwohl ich seit August 1931 hier bin, kann ich mich an diese Zustände nicht gewöhnen. Das wird jedem anderen Menschen, der Ordnung und Sauberkeit gewöhnt ist, genau so gehen.“<sup>70</sup>

Während Stalin und seine Weggefährten den Terror gegen Bauern und die renitenten Bewohner der sowjetischen Peripherie mit ihrer zivilisatorischen Mission rechtfertigten, das Land in die industrielle Moderne zu katapultieren, sahen viele deutsche Kommunisten eben diese gigantischen sowjetischen Großbaustellen als Ausdruck russischer Rückständigkeit. Bezeichnend ist der Bericht eines deutschen Diplomaten über ein Gespräch, das er im Herbst 1930 mit dem Vorsitzenden des in Deutschland verbotenen Rotfront-Kämpfer-Bundes (RFB), Willy Leow, während einer Eisenbahnfahrt von Kharkov nach Moskau führte: „Über seinen Eindruck von dem sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion befragt, fasste Herr Leow seine Antwort in die lakonischen Worte zusammen: ‚Die Russen sollten erst mal sch... lernen, bevor sie eine Industrie aufbauen.‘“<sup>71</sup>

Im Gegensatz zu vielen einfachen Arbeitern und Kommunisten, die nach ihrer Rückkehr aus der Sowjetunion häufig „sehr schlecht gestimmt“ waren, „sich über die Zustände drüben abfällig“ äußerten und mit dem Kommunismus brachen (und zuweilen gar zu den Nationalsozialisten überliefen)<sup>72</sup>, revidierte Leow nach seiner mehrwöchigen Rundreise durch die Sowjetunion zwar seine Meinung über

<sup>69</sup> Bericht eines unbekanntes EKKI-Mitarbeiters vom 28. 5. 1932 über die Arbeit des EKKI-Appartes, RGASPI 495/18/945: 29–33. Rückübersetzung aus dem Russischen.

<sup>70</sup> Brief Arthur Fritsches an die deutsche Vertretung beim EKKI vom 2. 4. 1932, RGASPI 4957292/62: 40f., hier: 41ob.

<sup>71</sup> Bericht Brunhoffs über die RFB-Delegation in Kharkov und ein Gespräch mit Leow vom 10. 12. 1930, BArch R 1501/20186: 287–292, hier: 289.

<sup>72</sup> Zitate aus dem Bericht von Tuure Lehen aus Berlin vom 19. 12. 1931 über die Stimmung unter 300 kürzlich aus der Sowjetunion zurückgekehrten Bergleuten aus dem Ruhrgebiet, von denen bislang 14 „zu den Faschisten“ übergelaufen seien, RGASPI 495/25/1387: 19f. Ähnlich der Brief der KPD Pforzheim an das ZK der KPD vom 11. 5. 1932, RGASPI 495/292/61: 82f., und der Brief Heckerts aus Moskau an das Sekretariat des ZK der KPD vom 11. 2. 1933 über 650 deutsche Arbeiter, die trotz des Regimewechsels in Deutschland in Leningrad auf ihre Heimreise warteten und die nach Heckerts Worten der KPD überwiegend „keine Freude machen“ würden, RGASPI 495/292/63: 21.

die Fähigkeiten der Sowjets, eine moderne Industrie aufzubauen, doch war dies für ihn kein Grund, sich auch vom Kommunismus abzuwenden. Gleiches galt für einige führende Funktionäre der KPD, die zusammen mit anderen Ausländern in den sowjetischen Betrieben arbeiteten: In Gesprächen mit Kollegen bekannten sie, dass zwar „ihr Idealismus um 75% gesunken“ sei, seitdem sie ihre Arbeit in der Sowjetunion aufgenommen hätten, sie aber weiterhin die gewohnten geschönten Erfolgsberichte nach Deutschland schicken würden.<sup>73</sup> Ebenso wie Leow und der unbekannte deutsche Mitarbeiter des EKKI unterschieden sie zwischen der kommunistischen Idee und dem bolschewistischen Revolutionsmodell einerseits und der mangelhaften sowjetischen Ausführung beim Aufbau einer modernen Gesellschaft andererseits. Leow brachte dieses widersprüchliche Verhalten in seinem Gespräch mit dem deutschen Diplomaten auf den Punkt: Auf die Frage, ob Leow nicht fürchte, dass ein kommunistisches Deutschland durch die Sowjetunion dominiert werde, versicherte dieser, der „Schwerpunkt einer solchen Kombination“ werde sicherlich in Deutschland liegen – aufgrund der „höheren deutschen Intelligenz und Kultur“.<sup>74</sup>

Diese Spannung zwischen der Bewunderung gegenüber den Bolschewiki für deren Fähigkeit, eine Revolution erfolgreich durchzuführen und die Macht zu sichern, und dem zuweilen kaum verhohlenen Hochmut der deutschen Funktionäre war kennzeichnend für die Beziehungen zwischen Moskau und der KPD: Die deutschen Kommunisten hatten sich zwar auf das bolschewistische „Erfolgsmodell“ verpflichtet, doch ebenso wie ihre sowjetischen Genossen waren sie oftmals überzeugt, sie könnten es besser umsetzen.

---

<sup>73</sup> Vgl. den Bericht von Franz Zwanzig in seinem Brief an Fischler vom 21. 10. 1931 über entsprechende Aussagen einer Gruppe führender deutscher Parteifunktionäre in Bigosso, RGASPI 17/120/33: 48f.

<sup>74</sup> Bericht Brunhoffs über die RFB-Delegation in Kharkov und ein Gespräch mit Leow vom 10. 12. 1930, BAArch R 1501/20186: 287–292, hier: 291.

